

Migration und Integration

**Eingangsstatement
von Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
bei der Konferenz der Ausschüsse für
Gemeinschafts- und Europaangelegenheiten der
Parlamente der Europäischen Union (COSAC)
am 12. Februar 2007 in Berlin**

Migration und Integration sind Themen, die unmittelbar mit dem zusammenhängen, was man Globalisierung nennt. Wir haben nach Erkenntnissen der Vereinten Nationen derzeit etwa 200 Millionen Migranten weltweit – und davon ist ein gutes Drittel in Europa. Das beschreibt auch die Größenordnung der Probleme.

Wir werden diese Probleme – darüber sind sich alle, die sich vertieft damit beschäftigen, im Grunde einig – nicht mehr allein in nationaler Zuständigkeit und Verantwortung bewältigen können. Wir brauchen europäische Zusammenarbeit, europäische Integration, um solche Probleme zu lösen.

Ich bin schon einmal von 1989 bis 1991 Innenminister der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Als ich vor einem Jahr in mein altes Amt zurückgekehrt bin, hat man mich gefragt, was sich denn geändert habe gegenüber der Zeit vor 16 Jahren. Am meisten hat sich geändert, dass ich heute einen viel größeren Teil meiner Zeit mit internationalen und europäischen Gesprächen, Initiativen, Bemühungen zu tun habe, weil wir eben auch als Innenminister unsere Probleme – das ist genauso im Kampf gegen Terrorismus und für Sicherheit wie in der Verantwortung für die Probleme von Migration und Integration – nur gemeinsam und nicht mehr allein in nationaler Zuständigkeit bewältigen können.

Deswegen ist die Frage von Migration und Integration auch ein Schwerpunkt nicht nur unserer deutschen Präsidentschaft in diesem ersten Halbjahr und nicht nur der Trio-Präsidentschaft gemeinsam mit Portugal und Slowenien, sondern eben ein zentraler Bereich der Zusammenarbeit der europäischen Innenminister überhaupt. Wir werden uns in unserer Ratssitzung am Donnerstag wieder intensiv damit befassen.

Im Wesentlichen geht es um zwei Komplexe, die man auch ein wenig auseinander halten muss. Es geht zum einen um die Steuerung von legaler Migration in die Arbeitsmärkte, die jedenfalls in der deutschen Regierung in der Zuständigkeit des Arbeitsministers liegt. Und wir sind davon überzeugt, dass sie

auch weiterhin in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleiben sollte, weil die Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Regulierung der Arbeitsmärkte haben. Die Sozialsysteme sind in Europa sehr unterschiedlich. Deswegen macht es Sinn, die Verantwortung für legale Migration letztlich in der nationalen Zuständigkeit zu belassen.

Zum anderen geht es aber um die illegale Migration, die sich nur gemeinsam einigermaßen wirkungsvoll bekämpfen lässt. Sie setzt im Übrigen eine möglichst intensive Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten voraus. Sie setzt eine Politik voraus, die einen Gesamtansatz hat – von der Entwicklungszusammenarbeit über die Frage von Visaregelungen bis zur Frage der Rückführung illegaler Migranten.

Natürlich ist hier auch ein Zusammenhang zur legalen Migration gegeben. Wenn man nämlich mit Herkunftsstaaten – etwa in Afrika oder auch in unserer Nachbarschaft im Osten und Südosten Europas – über Zusammenarbeit zur Bekämpfung illegaler Migration spricht und wenn man die Kommission der Europäischen Union beauftragt, solche Gespräche zu führen und am besten auch Rückführungsabkommen abzuschließen, so muss man natürlich auch Instrumente zur Verfügung stellen, die die Kooperation in diesen Fragen attraktiv machen. Und das sind neben der Entwicklungszusammenarbeit, wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Visaerleichterungen im Einzelfall auch ge-

wisse Instrumente zur Öffnung von nationalen Arbeitsmärkten. Das heißt Öffnung im Bereich der **legalen** Migration. Deswegen gibt es eine Verbindung der beiden Bereiche.

Das ist auch der Ansatz der Politik, die wir im Rat der europäischen Innenminister sowie im Rat der Staats- und Regierungschefs beim letzten Gipfel unter finnischer Präsidentschaft ein ganzes Stück vorangebracht haben: illegale Migration durch Kooperation mit den Transit- und Herkunftsländern zu bekämpfen, den Schleuserbanden durch schnelle Rückführungen die Geschäftsgrundlage möglichst zu entziehen, weil eine schnelle Rückführung illegal Zugewanderter am überzeugendsten wirkt: Die Menschenhändlerorganisationen werden am wenigsten Nachfrage finden, wenn diejenigen, die sie für viel Geld nach Europa gebracht haben, rasch wieder zurück sind. Deswegen ist die schnelle Rückführung eine wesentliche Voraussetzung für die Bekämpfung des illegalen Menschenhandels.

Die kohärente Bekämpfung der illegalen Migration, die Steuerung von legaler wie illegaler Migration steht in einem unauflösbaren Zusammenhang mit den Erfolgchancen von Integrationspolitik. Wir alle in Europa – mit allen Unterschieden im Einzelnen – leben in einem viel stärkeren Maße, als es frühere Generationen sich vorstellen konnten, mit Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft zusammen. Wir müssen diese Vielfalt in einer Weise politisch fruchtbar machen, dass sie nicht als

Bedrohung, sondern als Bereicherung empfunden wird. Wir müssen also die europäischen Werte der Offenheit, Toleranz und Ablehnung jeder Diskriminierung von Minderheiten erhalten.

Das alles hängt mit gelingender Integration zusammen. Wir müssen der ansässigen Gesellschaft das Gefühl vermitteln, dass es in Bezug auf die Migration gewisse Steuerungsmöglichkeiten gibt, weil Ängste immer ein schlechter Nährboden sind, wenn man für Toleranz und Offenheit und auch für eine gewisse Gelassenheit werben will.

In Deutschland liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als Folge der geschichtlichen Verwerfungen im letzten Jahrhundert bei rund 20 Prozent. Bei einem Teil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es Integrationsdefizite. Wir haben wie auch Frankreich und andere europäische Länder die Erfahrung gemacht, dass Integration nicht etwas ist, was sich in der Folge der Generationen, bei den Kindern und Enkelkindern, gewissermaßen automatisch vollzieht.

Das hat eine Reihe von Gründen. Als unsere Vorfahren im 19. Jahrhundert zum Beispiel nach Amerika oder Neuseeland ausgewandert sind, war das eine Entscheidung fürs Leben, und sie hatten nicht die Chance, zweimal im Jahr zum Urlaub oder zu Feiertagen in die alte Heimat zurückzufliegen. Heute ist das an-

ders. Wir haben in Deutschland etwas mehr als drei Millionen Menschen türkischer Abstammung. Wenn sie nicht wollen, sind sie nicht darauf angewiesen, deutschsprachige Medien zu konsumieren, weil es in reichem Umfang elektronische und Printmedien in türkischer Sprache gibt.

Wenn die Kinder allerdings eine Chance in Deutschland haben sollen, in Schule, Hochschule, Ausbildung und Beruf, dann müssen sie deutsch sprechen. Und weil einige Jugendliche mit Migrationshintergrund weniger gut deutsch sprechen, haben wir – nicht bei allen, aber bei einem Teil – erhebliche Defizite in der Ausbildung und damit auch in den Berufschancen sowie eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie bei gleichaltrigen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Deswegen setzen wir auf eine Verstärkung der Integration. Das ist eine Aufgabe aller staatlichen Ebenen; wir sind ja ein föderal organisierter Staat, bestehend aus Bund, Ländern und Gemeinden. Integration ist aber auch eine Aufgabe der Zivilgesellschaft, die dafür oft mehr leisten kann. Und so hat die Bundeskanzlerin die verstärkte Bekämpfung der Integrationsdefizite insbesondere in der zweiten und dritten Generation zu einem Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode gemacht und möglichst viele gesellschaftliche Akteure zu einem Integrationsgipfel eingeladen.

Man darf Integration und Migration nicht generell mit dem Islam gleichsetzen. Aber wir machen in Europa gerade neue Erfahrungen mit einem wachsenden Anteil von Menschen islamischer Religionszugehörigkeit, die wir in unserer Geschichte in dieser Breite bislang nicht hatten.

In Deutschland leben derzeit rund 3 Millionen Muslime, und die Zahl steigt weiter an. Die Muslime möchten an staatlichen Schulen genauso Religionsunterricht erhalten, wie wir ihn in katholischer und protestantischer Religion kennen, oder auch in jüdischer Religion, dort wo wir größere jüdische Gemeinschaften haben.

Deswegen müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, welcher Art die Beziehungen unseres Staates auf allen Ebenen zu der Gemeinschaft der Muslime sind. Denn unsere Erfahrungen im Umgang mit Religionsgemeinschaften sind vom Verhältnis zu den christlichen Kirchen geprägt. Der Islam ist aber nicht organisiert wie eine christliche Kirche. Weil jedoch der Islam inzwischen zu einem Teil unseres Landes geworden ist, haben wir mit der Deutschen Islam Konferenz einen Dialogprozess mit Vertretern der Gemeinschaft der Muslime ins Leben gerufen.

Wir möchten die Beziehungen mit dem Islam so entwickeln, dass der Islam in Deutschland mit den fundamentalen Prinzipien unserer Ordnung kompatibel ist. Die Scharia wird sicher

nicht das Leitbild weltlicher Ordnungen in Deutschland und Europa sein können, denn wir brauchen die Trennung zwischen religiöser und politischer Ordnung, und wir brauchen die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte. Mit der Islamkonferenz wollen wir dazu beitragen, Vorurteile und Gefühle der Bedrohung abzubauen, um so eine bessere Integration zu ermöglichen.

Wir haben uns für unsere Präsidentschaft vorgenommen, nicht in erster Linie die Europäische Union für die Lösung der Integrationsprobleme in verschiedenen Teilen Europas verantwortlich zu machen. Wir wollen aber doch einen Prozess des Erfahrungsaustauschs und des Benchmarkings, weil manche Probleme doch ähnlich sind und weil jeder von den Erfahrungen anderer und auch von deren Lösungsansätzen lernen kann.

Deswegen laden wir die Integrationsminister der Europäischen Union im Mai nach Potsdam zu einer Konferenz ein. Wir sind davon überzeugt, dass wir als Europäer gemeinsam eine bessere Chance haben, den muslimisch geprägten Teil der Bevölkerung in Europa für ein partnerschaftliches, die europäischen Regeln und Werte akzeptierendes Verhältnis zu gewinnen. Deswegen brauchen wir einen gemeinsamen europäischen Dialog mit dem Islam.

Und so glauben wir auch, dass wir im Bereich von Migration und Integration wertvolle Beiträge leisten können, um das, was

wir sehr ambitioniert „europäisches Modell“ nennen, attraktiv zu gestalten und auf dieser Grundlage auch den fundamentalen Erwartungen zu entsprechen, die die Mehrzahl der Menschen an das Projekt der europäischen Einigung stellt: nämlich ein Leben in größerer Sicherheit und besser gesicherter Freiheit, als es ohne europäische Einigung möglich wäre. Angesichts der Globalisierung erwarten die Menschen zu Recht, dass europäische Zusammenarbeit viele Probleme besser lösen kann, als wir sie in früheren Jahrhunderten in nationalstaatlicher Alleinverantwortung lösen konnten.